

<p>Änderungsantrag</p> <p>Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft</p> <p>Ersteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>Beteiligt: Büro der Präsidentin der Bürgerschaft Sitzungsdienst</p>	<p>Datum: 10.11.2010</p>						
<p>Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.</p> <p>Castortransporte und Zwischenlagerung von Atommüll</p>							
<p>Beratungsfolge:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Datum</th> <th style="text-align: left;">Gremium</th> <th style="text-align: left;">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>10.11.2010</td> <td>Bürgerschaft</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	10.11.2010	Bürgerschaft	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
10.11.2010	Bürgerschaft	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird ergänzt:

Die Bürgerschaft spricht sich weiterhin gegen eine Verschiffung von Atommüll über den Seehafen Rostock aus.
Das Land wird aufgefordert, bei der Erstellung eines Katastrophenschutzkonzeptes die Kommunen einzubeziehen.

Sachverhalt:

Anlass für die Ablehnung der Verschiffung von Atommüll ist die aktuelle Diskussion über einen geplanten Transport von Atommüll über die Ostsee in die russische Wiederaufarbeitungsanlage Majak. Ein Transport über den Seehafen Rostock ist inakzeptabel und soll hiermit unterbunden werden.
Die Einbindung der Kommunen in ein landesweites Katastrophenschutzkonzept ist für den effektiven Schutz der Rostocker Einwohner notwendig.

.....
Johann-Georg Jaeger
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
Eva-Maria Kröger
Fraktion DIE LINKE.